

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 23/2017

19. DEZ 2017 | MARKUS KRÜSEMANN

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint erst wieder nach der Winterpause und zwar am Dienstag, dem 23.01.2018.

1] TOPTHEMA: BEFRISTUNGEN

Die Zahlen sind nicht mehr taufrisch, sie stammen aus den länger schon öffentlich zugänglichen Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung des Statistischen Bundesamtes. Jetzt spült eine Anfrage der LINKEN im Bundestag sie wieder hoch: Die Zahl der befristet Beschäftigten ist in den vergangenen 20 Jahren um eine Million gestiegen. Weil sich in diesem Zeitraum aber auch die Gesamtzahl der Jobs erhöhte, sollte man besser einen Blick auf die relationale Entwicklung werfen. Da zeigt sich, dass der Anteil der Befristungen (Beschäftigte ab 25 Jahren) von 6,4 Prozent im Jahr 1996 auf 8,9 Prozent im Jahr 2011 anstieg und seitdem über der Acht-Prozent-Marke liegt, mit seit zwei Jahren wieder steigender Tendenz.

Das ist sicher "kein Grund zur Panikmache", aber auch kein Grund, Entwarnung zu geben. Auch wenn man dem Phänomen Befristung nicht ohne Differenzierungen, etwa zwischen Befristungsarten und branchenspezifischen Befristungspraktiken, gerecht wird, die gesetzlichen Regelungen sind unnötigerweise viel zu lax, und darunter leiden eben unnötig viele Beschäftigte. Die von Zeitverträgen Betroffenen leben in ständiger Unsicherheit, eine vorausschauende Lebensplanung ist kaum möglich. Zudem liegen ihre Nettoeinkommen niedriger als bei vergleichbaren Beschäftigten mit unbefristetem Vertrag, weshalb sie einem erhöhten Erwerbsarmutsrisiko ausgesetzt sind. Doch lesen Sie selbst...

Befristungen nehmen am Arbeitsmarkt deutlich zu

Die Zahl der befristet Beschäftigten in Deutschland hat innerhalb der vergangenen 20 Jahre um mehr als eine Million auf rund 2,8 Millionen im vergangenen Jahr zugenommen. Das geht aus einer Antwort des Statistischen Bundesamtes auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervor.

Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten stieg seit 1996 von 6,4 auf 8,5 Prozent. Der Anteil wuchs mit leichten Schwankungen bis 2006 auf 8,4 Prozent und schwankte seither zwischen 8,2 und 8,9 Prozent.

Quelle: Deutsche Wirtschaftsnachrichten online vom 16.12.2017

Vertrag mit künstlerisch tätiger Maskenbildnerin darf wegen "Eigenart der Arbeitsleistung" befristet werden

Arbeitsverträge dürfen laut Gesetz befristet werden, wenn es dafür einen sog. Sachgrund gibt. Wie das Bundesarbeitsgericht (BAG) nun kürzlich entschied, ist die "überwiegend künstlerischer Tätigkeit" einer Maskenbildnerin dazu zu zählen.

Maskenbildner gehörten, so die Richter, "zum künstlerisch tätigen Bühnenpersonal, wenn sie nach den arbeitsvertraglichen Vereinbarungen überwiegend künstlerisch tätig sind". (...) Insofern sei eine Befristung "wegen der Eigenart der Arbeitsleistung (...) gerechtfertigt".

Quelle: Betriebsratspraxis24.de vom 16.12.2017

Befristeter Arbeitsvertrag wegen Mehrarbeit muss gut begründet sein

Ein sachlicher Grund für eine Befristung liegt beispielsweise vor, wenn der Arbeitgeber nur einen vorübergehenden Bedarf an zusätzlicher Arbeitsleistung hat. Dass dieser Bedarf nur vorübergehend ist, muss der Arbeitgeber allerdings gut begründen.

Es muss mit hinreichender Sicherheit erwartet werden können, dass nach dem Vertragsende (...) kein Bedarf mehr an dieser Arbeitsleistung besteht (...). Ohne eine derartige Prognose kann die Befristung unwirksam sein, wie ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm vom 6. Juli 2017 zeigt.

Quelle: inar.de vom 13.12.2017

Immer mehr befristete Jobs in Deutschland

Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten stieg seit 1996 von 6,4 auf 8,5 Prozent. Der Anteil wuchs mit leichten Schwankungen bis 2006 auf 8,4 Prozent und schwankte seither zwischen 8,2 und 8,9 Prozent. Besonders oft sind 25- bis 34-Jährige betroffen.

Mehr als jeder dritte Betroffene arbeitet unfreiwillig befristet. Darauf wies das Statistische Bundesamt hin. 36,5 Prozent gaben über alle Altersgruppen hinweg an, mangels Dauerstelle ein befristetes Arbeitsverhältnis eingegangen zu sein.

Quelle: SHZ.de vom 12.12.2017

Befristete Jobs sind in 20 Jahren um eine Million gestiegen

Die Zahl der befristet Beschäftigten in Deutschland hat innerhalb der vergangenen 20 Jahre um mehr als eine Million auf rund 2,8 Millionen im vergangenen Jahr zugenommen. Das geht aus einer Antwort des Statistischen Bundesamtes auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervor.

Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten stieg seit 1996 von 6,4 auf 8,5 Prozent. Der Anteil wuchs mit leichten Schwankungen bis 2006 auf 8,4 Prozent und schwankte seither zwischen 8,2 und 8,9 Prozent.

Quelle: neues deutschland online vom 11.12.2017

Debatte um befristete Jobs: "Kein Grund zur Panikmache"

Stefan Sell: "Es ist wie immer: Man muss genauer hinschauen bei den Zahlen. Jetzt ging heute die Zahl herum, dass die befristeten Jobs in den letzten 20 Jahren um eine Million gestiegen sind. Tatsächlich ist es aber so: Wir haben gleichzeitig auch entsprechend mehr Beschäftigungsverhältnisse."

"Insofern besteht, wenn man das auf den Anteil an allen Beschäftigten, vor allem an allen abhängig Beschäftigten bezieht, kein Grund zur Panikmache, dass jetzt ein besonders starker Anstieg zu verzeichnen ist."

Quelle: Deutschlandfunk.de vom 11.12.2017

Befristete Jobs: Mit der Zeit gehen

Zeitverträge sind viel zu oft Leidverträge: Wer nicht weiß, ob er nach der meist auf zwei Jahre befristeten Laufzeit

weiter seinen Job behält, der tut sich schwer mit langfristigen Lebensentscheidungen (...). Insofern ist die Zunahme befristeter Beschäftigung gesamtgesellschaftlich kritisch zu betrachten.

Allerdings haben Zeitverträge durchaus ihre Berechtigung, etwa bei Vertretungen in Elternzeit oder bei längeren Krankheiten. Und ja, auch wenn ein Unternehmen Personal aufstocken und erst einmal ausprobieren will, ob sich das auch rechnet, sind Zeitverträge sinnvoll.

Quelle: Neue OZ online vom 11.12.2017

Befristung im Job erhöht Armutsrisiko

Befristet Beschäftigte verdienen deutlich weniger als Arbeitnehmer mit unbefristetem Vertrag, wie das gewerkschaftsnahe Forschungsinstitut WSI in einer Studie festgestellt hatte. So seien 2015 15,5 Prozent der befristet Beschäftigten zwischen 20 und 34 wegen eines Haushaltseinkommens unter 60 Prozent des Durchschnitts von Armut bedroht gewesen – aber nur 7,5 Prozent derjenigen mit Dauervertrag.

Betroffen seien besonders Menschen ohne Berufsausbildung sowie Uni-Absolventen – seltener dagegen Absolventen einer dualen Berufsausbildung oder einer Fachhochschule.

Quelle: T-Online.de vom 11.12.2017

Immer mehr befristet Beschäftigte? Kommt darauf an, wie man zählt.

Befristete Jobs sind in 20 Jahren um eine Million gestiegen, so eine der Schlagzeilen von heute. (...) Wie immer lohnt es sich, genauer hinzuschauen. (...) Und zu einem genaueren Blick gehört (...) auch eine gewisse Vorsicht bei den Zahlen an sich.

Schaut man sich die Daten auf dieser Basis genauer an, dann relativieren sich die Aussagen hinsichtlich "immer mehr befristet Beschäftigte". (...) Ein Grund zur Skandalisierung gibt es hinsichtlich der Befristungen - wohlgemerkt: auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene - derzeit wirklich nicht.

Quelle: aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de vom 11.12.2017

Lehrer aus Augsburg klagt wegen befristeter Stelle gegen den Freistaat

In Bayern gibt es über 3.000 Lehrer, die nur befristet angestellt sind. Einer von ihnen ist Michael Golla (...). Der Lehrer hat nun bereits den siebten Jahresvertrag. Im kommenden Jahr läuft er aus, wieder einmal.

Im Bayerischen Kultusministerium möchte man sich zu seinem Fall derzeit nicht äußern (...). Für den Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband dagegen sind Kettenverträge wie der von Michael Golla ein Zeichen dafür, dass der Freistaat ganz grundsätzlich nicht genügend Lehrer verbeamtet.

Quelle: BR.de vom 11.12.2017

Fristverträge sind besser als keine

Es stimmt: Viele Arbeitnehmer leiden unter der Befristung ihrer Stelle. Sie können sich nicht darauf verlassen, dass sie weiterbeschäftigt werden. Sie scheuen sich oft, große Lebensentscheidungen wie Familiengründung oder Wohnungskauf zu treffen. Manche fühlen sich als Beschäftigte zweiter Klasse.

Daraus aber einen arbeitsmarktpolitischen Skandal zu machen, ist übertrieben. Sachgrundlose Befristungen

sorgen in konjunkturell schlechten Zeiten dafür, dass Unternehmen ihre Stellen überhaupt besetzen.

Quelle: Tagesspiegel online vom 09.12.2017

2] WEITERE BERICHTE

Zahl der Nebenjobs hat sich verdoppelt

Rund 3,2 Millionen Menschen in Deutschland verdienen sich mit einem Nebenjob ein Zubrot. Damit hat sich die Zahl der Nebenjobber in den 14 Jahren seit 2003 mehr als verdoppelt. Allein in den vergangenen zehn Jahren wuchs die Zahl der Mehrfach-Beschäftigten um eine Million.

Mehrfachbeschäftigte würden im Hauptjob durchschnittlich 570 Euro weniger verdienen als Erwerbstätige ohne Nebenverdienst. Allerdings arbeite nur gut die Hälfte im Hauptjob Vollzeit.

Quelle: RP online vom 18.12.2017

Übergangsfrist für Mindestlohn in der Landwirtschaft endet

In der Landwirtschaft endet 2017 die dreijährige Übergangsfrist für die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohnes. Das Paradoxe: Seit November und noch bis Jahresende zahlen die Arbeitgeber einen Tariflohn von 9,10 Euro, also mehr als den Mindestlohn von 8,84 Euro.

Bis Ende Oktober habe der Mindestlohn Ost wie West 8,60 Euro betragen. Zum Jahresende läuft die 9,10-Euro-Regelung nun aber schon wieder aus. Das Ergebnis einer Verhandlung um die Weiterzahlung soll am 20. Dezember bekanntgegeben werden.

Quelle: Saarbrücker Zeitung online vom 17.12.2017

Frauen arbeiten dreimal häufiger in Teilzeit als Männer

Frauen leisten mehr als dreimal so viel Teilzeitarbeit als Männer. (...) Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion hervor, die unserer Redaktion vorliegt.

Allerdings nimmt der Anteil der Männer in Teilzeit nur langsam zu, während zwei Fünftel aller erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt sind. Dem Regierungspapier zufolge hatten 39,1 Prozent der weiblichen Beschäftigten 2016 einen Teilzeitjob - aber nur 9,2 Prozent der Männer.

Quelle: RP online vom 16.12.2017

Staat soll Geringverdienerinnen Verhütungsmittel zahlen

Frauen mit geringem Einkommen sollen nach dem Willen der Bundesländer Verhütungsmittel generell vom Staat bezahlt bekommen. Der Bundesrat stimmte am Freitag mehrheitlich für einen entsprechenden Antrag.

Frauen greifen oft aus finanziellen Gründen auf billigere und weniger sichere Verhütungsmittel zurück oder verzichten ganz darauf, wie die Länder unter Berufung auf Studien argumentieren.

Quelle: rbb24.de vom 15.12.2017

Die Angst vor der Altersarmut

Altersarmut ist bereits heute für viele Menschen Alltag, so das Ergebnis einer Erhebung. Die Studie des größten deutschen Sozialverbands weist darauf hin, dass sich das Problem in Zukunft drastisch verschärfen wird. Grund sind geringe Löhne.

Ein Grund darin sieht der Wohlfahrtsverband in der steigenden Zahl an Menschen, die in ihrem Job zu wenig verdienen, um davon leben zu können (...), ein durchgängiges Arbeitsleben mit Mindestlohn führe direkt in die Altersarmut.

Quelle: FNP.de vom 15.12.2017

Schwesig startet Offensive für höheren Mindestlohn

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin in MV und Vize-Chefin der Bundes-SPD, fordert eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns. Die 8,84 Euro, die aktuell bundesweit gelten, reichten gerade, um die Existenz zu sichern.

Damit stößt Schwesig eine Debatte an, die auch in möglichen Sondierungsgesprächen mit der CDU zur Bildung einer neuen Bundesregierung landen dürfte.

Quelle: Ostsee-Zeitung.de vom 15.12.2017

Einkommens-Ungleichheit in Deutschland so groß wie 1913

Die Ungleichheit zwischen Gutverdienern und Einkommensschwachen in Deutschland ist laut einer Studie ähnlich groß wie vor einem Jahrhundert. Im Jahr 2013 kamen die 10 Prozent Bestverdiener auf 40 Prozent des Gesamteinkommens, die untere Hälfte der Bevölkerung dagegen nur auf 17 Prozent.

Geringverdiener bekommen danach ein deutlich kleineres Stück vom Einkommens-Kuchen ab (...). "Die unteren 50 Prozent haben in den letzten Jahren massiv an Anteil am Gesamteinkommen verloren. In den 60er Jahren verfügten sie noch über etwa ein Drittel, heute sind es noch 17 Prozent"

Quelle: Zeit online vom 14.12.2017

Leiharbeiter kämpfen verzweifelt um Weiterbeschäftigung

Mit aller Kraft versuchen Leiharbeiter aus Wolfsburg, deren Verträge am 22. Dezember auslaufen, eine Weiterbeschäftigung mit Hoffnung auf Festanstellung bei Volkswagen Nutzfahrzeuge in Hannover zu erreichen. (...) Sie hoffen auf Solidarität der festangestellten Kollegen.

Ein Streik ist jedoch unwahrscheinlich. Und der Betriebsrat in Hannover sieht keinen Handlungsspielraum mehr. „Wir fühlen uns von allen im Stich gelassen“, sagt eine der Arbeiterinnen.

Quelle: Wolfsburger Allgemeine online vom 13.12.2017

Dekra vermittelt wegen Fachkräftemangels mehr Zeitarbeiter

Der Bedarf an Dekra-Fachkräften mit zeitlich befristeten Einsätzen in anderen Unternehmen nehme deutlich zu, die entsprechende Sparte werde in diesem Jahr voraussichtlich ein Plus von 15 Prozent auf rund 400 Millionen Euro verbuchen, teilte das Unternehmen am Dienstag in Stuttgart mit.

Die Zeitarbeit-Sparte, die auch Schulungsmaßnahmen für Arbeitslose anbietet, war bereits im vergangenen Jahr das Zugpferd. Als Grund für den Aufwärtstrend gilt der Fachkräftemangel. Firmen können ihre vollen Auftragsbücher nicht mehr nur mit eigenem Personal abarbeiten.

Quelle: Schwäbische.de vom 12.12.2017

Gehälter steigen schneller als Verbraucherpreise

Die Tarifbeschäftigten in Deutschland können auch in diesem Jahr damit rechnen, dass ihre Gehälter schneller gestiegen sind als die Verbraucherpreise. Mindestens drei von vier Arbeitnehmern sollten so preisbereinigt mehr Geld in der Tasche haben als im vergangenen Jahr.

Einschließlich der kollektiv vereinbarten Sonderzahlungen sind 2017 die Bruttogehälter im Schnitt um 2,3 Prozent gewachsen (...). Damit liegt die Verdienstentwicklung der Tarifbeschäftigten im Jahr 2017 rund 0,6 Punkte oberhalb der Preissteigerung. Ihre Reallöhne steigen.

Quelle: Handelsblatt online vom 12.12.2017

Selbstständig am Existenzminimum

Mit seinen Blumen bringt es Müller auf dem Markt, dreimal die Woche von sieben Uhr morgens bis drei Uhr mittags, auf kaum mehr als 1200 Euro brutto im Monat. Er ist geringverdienender Selbstständiger, trotz 50-Stunden-Woche:

In dieser Situation hadert der 48-Jährige am meisten mit den Beiträgen an die Krankenkasse: Als Selbstständiger freiwillig gesetzlich versichert, zahle er (...) 410 Euro monatlich. Der Gesetzgeber geht nämlich pauschal davon aus, dass Selbstständige rund 2230 Euro im Monat verdienen.

Quelle: FR online vom 09.12.2017

Ist jede Arbeit besser, als arbeitslos zu bleiben?

Eine britische Studie, die im August im International Journal of Epidemiology veröffentlicht wurde, macht nun klar, dass Arbeiten um jeden Preis vielleicht für Arbeitgeber und Steuerzahler gut sein mag, aber nicht für denjenigen, der sie ausführen muss.

Das Ergebnis bestätigt, dass der Wiedereintritt ins Arbeitsleben mit einem Job schlechter Qualität zu höheren Biomarkern für chronischen Stress führt als das Verbleiben in der Arbeitslosigkeit. Allerdings sieht das bei der körperlichen Gesundheit anders aus.

Quelle: Heise.de vom 08.12.2017

Bremer Mindestlohn bleibt

Der Mindestlohn in Bremen steigt leicht, von 8,80 Euro pro Stunde auf 8,84 Euro. Künftig wird im Bund bestimmt,

wie hoch die Untergrenze hier ist. Doch an einer Stelle geht Bremen weiter als der Bund.

Bremens Mindestlohn gilt auch für zwei Gruppen, für die der Bundesmindestlohn nicht greift: Für junge Arbeitnehmer unter 18 Jahren und für Langzeitarbeitslose, die eine staatlich geförderte Beschäftigung aufnehmen. Für diese beiden Gruppen soll auch in Zukunft der Landesmindestlohn gelten.

Quelle: Weser Kurier online vom 07.12.2017

Neuer Mindestlohn 2 für Dachdecker

Für Dachdecker gelten ab Anfang nächsten Jahres zwei unterschiedliche Mindestlohnstufen. (...) So gilt der bisherige Mindestlohn für Dachdecker künftig nur noch für Ungelernte. Gewerbliche Facharbeiter erhalten dagegen den neuen Mindestlohn 2.

Dabei wird der Mindestlohn von derzeit 12,25 Euro pro Stunde auf 12,20 Euro reduziert. (...) Der Mindestlohn 2 beläuft sich auf 12,90 Euro ab 1. Januar 2018 und erhöht sich ab 1. Januar 2019 auf 13,20 Euro pro Stunde.

Quelle: Meistertipp.de vom 07.12.2017

Gewerkschaft fordert Sozialversicherungspflicht für Minijobs

Gewerkschaften im Norden haben eine Sozialversicherungspflicht für Minijobs gefordert. „Ab dem ersten Euro muss in die Sozialversicherung eingezahlt werden“, sagte der Vorsitzende des DGB Nord, Uwe Polkaehn, am Donnerstag in Kiel.

Nach 45 Jahren in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis entstehe aufgrund Versicherungsfreiheit nur ein Rentenanspruch von gut 163 Euro. Bei einer Sozialversicherungspflicht stiege die Summe laut Gewerkschaft auf etwa 225 Euro.

Quelle: SHZ.de vom 07.12.2017

Arbeitgeber tricksen beim Mindestlohn

Mehr Menschen als bislang bekannt arbeiteten in den vergangenen Jahren unterhalb des Mindestlohns. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die der Süddeutschen Zeitung vorliegt.

Demnach seien 2015, direkt nach der Einführung der gesetzlichen Lohnuntergrenze, noch 2,1 Millionen Beschäftigte schlechter bezahlt worden als 8,50 Euro pro Stunde. Auch im ersten Halbjahr 2016 hätten 1,8 Millionen Menschen keinen Mindestlohn bekommen, obwohl sie eigentlich einen Anspruch darauf haben.

Quelle: Süddeutsche.de vom 06.12.2017

Barmer: Leiharbeit und befristete Jobs machen krank

Arbeitnehmer in Leiharbeit und befristeten Beschäftigungsverhältnissen sind besonders stark von psychischen Erkrankungen betroffen.

Laut dem neuen Gesundheitsreport der Barmer Krankenkasse lagen 2015 die Krankenstände wegen psychischen Störungen bei Arbeitnehmern in Leiharbeit sowie in befristeten Beschäftigungsverhältnissen um 30 Prozent höher als bei Arbeitnehmern in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen.

Quelle: Hamburger Abendblatt online vom 06.12.2017

Linksfraktion will Selbstständige in der GKV entlasten

Die Linksfraktion hat einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, um geringverdienende Selbstständige und andere freiwillig Versicherte zu entlasten. In dem Antrag (...) wird auf dringenden Handlungsbedarf bei den etwa sechs Millionen freiwillig in der GKV Versicherten verwiesen.

Das Problem liegt (...) im Mindestbeitrag. So werde bei Selbstständigen grundsätzlich angenommen, dass sie ein fiktives Einkommen von 4.425 Euro im Monat haben (...). „Hunderttausende Selbstständige haben aber tatsächlich ein deutlich geringeres Einkommen“, schreibt Weinberg.

Quelle: Versicherungsjournal.de vom 06.12.2017

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-232017--2156.html>

PDF erstellt am: 28.11.2020